



Bereich: Finanzen
Az: 20
Datum: 30.01.2019

2019/043
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	21.02.2019	
Rat der Stadt	21.02.2019	

Betreff

Beschluss über die Übertragung von Haushaltsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2019

Finanzielle Auswirkungen

- ☐ keine haushaltsmäßige Berührung
- ☒ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

1. Der Rat beschließt die weitere Übertragung der in Anlage 1 genannten Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren für investive Maßnahmen in Höhe von 449.751,38 €
2. Der Rat beschließt die Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen des Haushaltsjahres 2018 in das Haushaltsjahr 2019 gemäß Anlage 2 in Höhe von 4.689.209,35 €
3. Der Rat beschließt die Übertragung der zur Abwicklung von Zukäufen zu Festwerten (investive Auszahlungen gemäß Anlage 1+2) buchungssystematisch erforderlichen Ermächtigungen für *konsumtive* Aufwendungen in Höhe von 99.573,47 €

4. Der Rat beschließt die Übertragung von Ermächtigungen aus Vorjahren sowie des Haushaltsjahres 2017 nach 2018 gemäß Anlage 3 für

- konsumtive Aufwendungen in Höhe von	220.711,85 €
- konsumtive Auszahlungen in Höhe von	547.708,75 €

K r a v a n j a
Bürgermeister

E c k h a r d t
Erster Beigeordneter/
Stadtkämmerer

Sachverhalt

Zusammenfassung

Gemäß § 22 Abs. 4 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) in Verbindung mit Ziffer 5 der Nebenbestimmung des Bescheides der Bezirksregierung Münster vom 12.03.2018 (Genehmigung Fortschreibung Haushaltssanierungsplan für das Jahr 2018) sowie den *„Grundsätzen über Art, Umfang und Dauer von Ermächtigungsübertragungen“* bei der Stadt Castrop-Rauxel (Vorlage 2012/310) werden dem Rat die Haushaltsermächtigungen, die aus dem Jahr 2018 oder aus den Vorjahren in das Jahr 2019 übertragen werden sollen, zur Beschlussfassung vorgelegt.

Sachverhalt

Im Rahmen der NKF- Haushaltsführung ist die Bildung von „Haushaltsresten“ grundsätzlich möglich. Der Gesetzgeber spricht allerdings von „Ermächtigungsübertragungen“ (§ 22 KomHVO NRW). Für die Stadt Castrop-Rauxel als pflichtig teilnehmende Kommune am Stärkungspakt Stadtfinanzen nach den Vorschriften des Stärkungspaktgesetzes NRW ist die Übertragung von Ermächtigungen zur Leistung von Aufwendungen (Ergebnisplan) und Auszahlungen (Finanzplan) nur unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben möglich. Diesbezüglich ist insbesondere auf den Bescheid der Bezirksregierung Münster vom 12.03.2018 (Genehmigung Haushalt und Fortschreibung Haushaltssanierungsplan 2018) und auf die in diesem Bescheid enthaltenen Nebenbestimmungen und Hinweise zu verweisen. Die Mitglieder des Rates haben eine Kopie des Genehmigungsbescheides der Bezirksregierung Münster mit Schreiben vom 21.03.2018 zur Kenntnis erhalten.

An die Übertragung von Ermächtigungen ist bei Kommunen, denen die Überschuldung droht oder die – wie die Stadt Castrop-Rauxel – bereits überschuldet sind, ein besonders strenger Maßstab anzulegen. Die Stadt Castrop-Rauxel ist vor dem Hintergrund ihrer dramatischen Finanzsituation gehalten, beabsichtigte und bereits anfinanzierte Projekte, für die Ermächtigungsübertragungen vorgesehen sind, erneut auf den Prüfstand zu stellen. Gegebenenfalls ist auf eine weitere Realisierung der Projekte zu verzichten oder es ist die Bildung selbständiger kleinerer Abschnitte vorzusehen und andere Abschnitte des Projektes sind zeitlich aufzuschieben. Noch nicht begonnene Maßnahmen sind zurückzustellen, es sei denn, dass ihre Durchführung auf einer Rechtspflicht beruht.

Die Liste der übertragenen Haushaltsermächtigungen ist dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen (§ 22 Abs. 4 Satz 1 KomHVO NRW i.V.m. dem bereits o.a. Bescheid der Bezirksregierung Münster vom 12.03.2018). Der Ratsbeschluss ist der Bezirksregierung Münster bis spätestens 31.03.2019 zuzuleiten.

Hinzuweisen ist zudem darauf, dass Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 22 Abs. 1 KomHVO NRW übertragen werden *können*; die Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen werden vom Bürgermeister mit Zustimmung des Rates festgelegt (§ 22 Abs. 1 Satz 2 KomHVO NRW). Einer solchen Regelung hat der Rat in seiner Sitzung am 06.12.2012 zugestimmt (*Grundsätze über Art, Umfang, und Dauer von Ermächtigungsübertragungen* / Vorlage 2012/310). Die in dieser Regelung vorgesehenen Festlegungen wurden bei der Bildung der in den Anlagen 1 - 3 gelisteten Ermächtigungsübertragungen ebenfalls berücksichtigt.

Entsprechend den vorstehenden Ausführungen wurden bei der Übertragung von Haushaltsermächtigungen im investiven Bereich die bereits im Jahr 2018 erteilten aber noch

nicht erledigten bzw. abgerechneten Aufträge sowie die aus sachlichen und/oder rechtlichen Gründen noch *zwingend* erforderlichen Auftragserteilungen zur Abwicklung der Maßnahmen berücksichtigt (vgl. hierzu Anlage 2). Bei den noch zu erteilenden Aufträgen wurde dabei – auch im Hinblick auf die Vorgaben des § 82 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) – ein besonders strenger Maßstab angelegt. Entsprechend wurde auch bei der Übertragung von Ermächtigungen aus Vorjahren verfahren (vgl. Anlage 1). Bei den betroffenen Maßnahmen handelt es sich vielfach um Fortsetzungsmaßnahmen oder solche, in denen zweckgebundene Einzahlungen vereinnahmt wurden bzw. werden. Bei Maßnahmen, die im Rahmen des Förderprogrammes „Gute Schule 2020“ durchgeführt wurden bzw. werden, befindet sich in der Bemerkungsspalte ein gesonderter Hinweis auf das Förderprogramm (GS). In Einzelfällen wurden die Bereiche noch einmal auf das restriktive Verfahren bei der Prüfung von Ermächtigungsübertragungen hingewiesen.

Der gegenüber den vergangenen Jahren deutlich größere Umfang der Ermächtigungsübertragungen aus dem unmittelbaren Vorjahr (2018) gemäß Anlage 2 dieser Vorlage ist insbesondere durch „laufende“ Maßnahmen im Rahmen der Förderprogramme nach dem 1. und 2. Kapitel Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFöG) sowie „Gute Schule 2020“ begründet. Hier wurde mit der Realisierung der Einzelmaßnahmen regelmäßig in 2018 bereits begonnen, die Fertigstellung und die mit der Umsetzung verbundenen Zahlungsmittelabflüsse erfolgen aber zu einem großen Teil erst in 2019.

Bei einzelnen Ermächtigungsübertragungen wird in den Fällen, in denen die in der Vergangenheit übertragene Ermächtigungen nicht mehr in der ursprünglichen Höhe benötigt werden, die „Absetzung“ der entsprechenden Teilbeträge vorgeschlagen (vgl. jeweils Spalte „freiwerdende Mittel“). Haushaltsermächtigungen des Jahres 2018, die nicht in den Anlagen 1 – 3 genannt sind, gelten ebenfalls als „abgesetzt“ und stehen somit in 2019 nicht mehr zur Verfügung.

Einer ausführlichen Begründung für die Übertragung von Haushaltsermächtigungen des Jahres 2018 in das Haushaltsjahr 2019 bedürfen zudem die Beschlussvorschläge unter Ziffer 3 und 4:

a) Beschlussvorschlag unter Ziffer 3 (Zukauf zu Festwerten)

Aufgrund ihrer prekären Haushaltssituation ist der Stadt Castrop-Rauxel eine Übertragung von *konsumtiven* Haushaltsermächtigungen (Aufwendungen) grundsätzlich versagt. Allerdings ist die Stadt aus rechtlichen und/oder unabweisbaren sachlichen Gründen gezwungen, Ermächtigungen für *investive* Auszahlungen für Zukäufe zu verschiedenen sogenannten „Festwerten“ (vgl. Anlage 1 und 2) in das Jahr 2019 zu übertragen. Die Besonderheit der „Zukäufe zu Festwerten“ liegt u.a. darin, dass es sich zwar um Investitionen und daraus folgend investive Auszahlungen handelt, gleichwohl in Höhe der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten auch ein Aufwand zu buchen ist. Die Wirkung der Zukäufe zu Festwerten ist daher mit der Beschaffung der sogenannten „Geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG)“ vergleichbar, die ebenfalls im Jahr ihrer Anschaffung bzw. Herstellung komplett abgeschrieben werden und somit zu einer Belastung des Ergebnisplans (Aufwand) in Höhe der jeweiligen Anschaffungs- respektive Herstellungskosten führen (vgl. § 36 Abs. 4 KomHVO NRW). Die Übertragbarkeit von Haushaltsermächtigungen für die Beschaffung von GWG ist grundsätzlich unstrittig. Da bei „Zukäufen zu Festwerten“ der *investive* Charakter der jeweiligen Maßnahme „führend“ ist, der systembedingt zu buchende Aufwand (Ergebnisplan) somit faktisch eine „Annexregelung“ darstellt, die Be-

deutung für den Gesamthaushalt von untergeordneter Bedeutung ist und die Beschaffungen – wie bereits dargestellt – aus rechtlichen und/oder sachlichen Gründen unabweisbar sind, wird ein erforderlicher Gesamtbetrag an Ermächtigungsübertragungen für *konsumtive* Aufwendungen aus Festwertzukaufen in Höhe von 117.386,75 € vorgeschlagen (vgl. hierzu auch Anlage 1 und 2).

b) Beschlussvorschlag unter Ziffer 4 (konsumtive Aufwendungen und Auszahlungen):

Wie bereits o.a. ist es der Stadt Castrop-Rauxel aufgrund ihrer prekären finanziellen Lage grundsätzlich verwehrt, Übertragungen von *konsumtiven* Haushaltsermächtigungen im Ergebnis- und/oder Finanzhaushalt vorzunehmen. Dies ist so auch in den bereits genannten „*Grundsätzen über Art, Umfang und Dauer von Ermächtigungsübertragungen*“ festgelegt. Unter Ziffer 1.1 heißt es dort: *“Die Übertragung von Haushaltsermächtigungen eines abgeschlossenen Haushaltsjahres in ein Folgejahr ist grundsätzlich nur bei investiven Maßnahmen bzw. Buchungsstellen möglich.”*

Von diesem Grundsatz kann nur in ganz besonders begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden. Um solche Ausnahmefälle handelt es sich bei den in Anlage 3 aufgeführten Positionen.

Den dort genannten Aufwandspositionen gemein ist, dass die entsprechenden Erträge bereits vollumfänglich und in Höhe der zur Übertragung anstehenden Aufwendungsansätze realisiert werden konnten oder gesichert in 2019 erfolgen werden. Der Gesamtbetrag der nach 2019 zu übertragenden Auszahlungen übersteigt den bei den Aufwendungen ausgewiesenen Gesamtbetrag von 220.711,85 € um 326.996,90 € und beläuft sich auf 547.708,75 €. Begründet ist diese Abweichung durch Aufwendungen, die im Rahmen der Periodenabgrenzung im „Wertaufhellungszeitraum“ zwar noch (korrekt) als Aufwand des Jahres 2018 (Ergebnisrechnung) gebucht werden konnten, der tatsächliche Zahlungsmittelabfluss (Finanzrechnung) erfolgte aber erst in 2019. Das Vorgehen in diesem konkreten Einzelfall wurde im Vorfeld in einem gemeinsamen Gespräch mit den Kommunalaufsichtsbehörden (Landrat des Kreises Recklinghausen und Bezirksregierung Münster) besprochen.

Die unter Ziffer 4 ausgewiesenen Ermächtigungsübertragungen für *konsumtive* Aufwendungen und Auszahlungen resultieren u. a. aus zweckgebundenen Spendenmitteln für die Kinder- und Jugendarbeit, die Feuerwehr sowie für das Demenz-Café. Weiterhin erfolgt die Übertragung von konsumtiven Aufwendungen und Auszahlungen in den Fällen, in denen sich aus der Herkunft der Mittel die Verpflichtung ergibt, diese Mittel zweckentsprechend zu verwenden. Hier seien beispielhaft die Mittel für die Kriegsgräberfürsorge oder die Mittel aus dem Programm „Gute Schule 2020“ genannt, die im Jahr 2018 nicht vollumfänglich für die originären Zwecke aufgewendet werden konnten.

Die zur Übertragung in das Haushaltsjahr 2019 vorgesehenen Ermächtigungen entsprechend den Anlagen 1 – 3 zu dieser Vorlage sollen nur für die konkret bezeichneten Maßnahmen zur Verfügung stehen. Die Inanspruchnahme für andere Projekte kann nur in besonderen Ausnahmefällen und regelmäßig nur unter entsprechender Beteiligung der Kommunalaufsichtsbehörden erfolgen.

Die durch Übertragung zusätzlich bereitgestellten Haushaltsermächtigungen sind in der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 bzw. im Haushaltsplan 2019 nicht abgebil-

det. Es erfolgt eine zusätzliche Mittelbereitstellung der Mittel außerhalb des Haushaltsplans. Gleichwohl belasten die Ermächtigungsübertragungen, soweit sie realisiert werden, die Haushaltswirtschaft 2019; bei Inanspruchnahme der übertragenen Haushaltsermächtigungen sind die sich hieraus ergebenden entsprechenden Zahlungen im Rahmen der Finanzrechnung zu berücksichtigen und wirken sich somit auf die liquiden Mittel aus.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Finanzierung der zu übertragenen Haushaltsermächtigungen für die jeweiligen Haushaltsjahre dargestellt wurde; hier wird insbesondere auf die Freigabe der sogenannten Investitions-Dringlichkeitslisten in den Jahren bis einschließlich 2012 durch den Landrat des Kreises Recklinghausen in seiner Funktion als Kommunalaufsichtsbehörde sowie auf die Darstellung der investiven Ein- und Auszahlungen in den Haushaltsplänen 2013 bis 2018 verwiesen. In einer Vielzahl von Fällen wurden Zuwendungen bereits in der Vergangenheit vereinnahmt. In weiteren Fällen (insbesondere bei den „Gute Schule 2020“ - Maßnahmen und den Maßnahmen nach dem 1. und 2. Kapitel des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes – KInvFöG) können entsprechende Zuwendungen aber auch noch abgerufen werden.

Ermächtigungsübertragungen, die ganz oder teilweise aus zweckgebundenen Zuwendungen Dritter refinanziert werden (z.B. Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen) dürfen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn sichergestellt ist, dass die entsprechenden Einzahlungen auch spätestens in dem Haushaltsjahr realisiert werden können, in dem auch von hier entsprechende Auszahlungen zu leisten sind. Die Verantwortung hierfür liegt bei den jeweiligen Fachbereichen (vgl. hierzu Ziffer 3.4 der bereits o.a. *„Grundsätze über Art, Umfang und Dauer von Ermächtigungsübertragungen“*).

Ermächtigungsübertragungen für Erträge und Einzahlungen sind entsprechend der Vorgaben des § 22 KomHVO NRW nicht auszuweisen.

Anlage 1 - Finanzielle Auswirkungen –

Auf die vorstehende Sachverhaltsdarstellung wird verwiesen, auf weitere Ausführungen wird daher verzichtet.

I. Mittelbedarf:

davon

Ergebnisplan

Aufwendungen:	€
- Erträge von Dritten:	€
= Städtischer Eigenanteil:	€

davon

Finanzplan

Auszahlungen:	€
- Einzahlungen von Dritten:	€
= Städtischer Finanzierungsanteil:	€

Die benötigten Haushaltsmittel stehen zur Verfügung:

JA ☐ Buchungsstelle:
NEIN ☐ Siehe Erläuterungen / Angabe von Deckungsvorschlägen

Erläuterungen / Angabe von Deckungsvorschlägen:

Bei Maßnahmen des Finanzplanes:

- ☐ Die Maßnahme ist in der vom Rat beschlossenen Dringlichkeitsliste enthalten.
☐ Die Maßnahme ist in die vom Rat beschlossene Dringlichkeitsliste zusätzlich aufzunehmen bzw. eine Erweiterung der Maßnahme ist vorzunehmen.
☐ Die Maßnahme ist in die vom Rat zu beschließende Dringlichkeitsliste aufzunehmen.

II. Auswirkungen auf die mittelfristige Haushaltsplanung:

Ergebnisplan	2019	2020	2021	2022	insgesamt
Personalaufwendungen	€	€	€	€	€
Sachaufwendungen	€	€	€	€	€
Zinsaufwendungen	€	€	€	€	€
Aufwendungen für Abschreib.	€	€	€	€	€
Zusätzliche Erträge	€	€	€	€	€
Mindererträge	€	€	€	€	€
Summe	€	€	€	€	€

Die Finanzierung ist innerhalb der mittelfristigen Haushaltsplanung für die Produktgruppe

☐ gesichert ☐ nicht gesichert

III. Es wurde geprüft, dass es sich um eine Maßnahme handelt, die unter Berücksichtigung der Vorgaben des § 82 GO NRW notwendig und unabweisbar ist.